

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Einrichtung eines Bahn-Haltepunkts Universität/Technologiepark**

Knapp 10 000 Beschäftigte sowie 18 500 Studierende fahren täglich zum Bremer Technologiepark oder zur Universität, viele von ihnen schon jetzt mit Bus und Bahn. Vor allem diejenigen, die von außerhalb kommen, nutzen den ÖPNV jedoch nicht, weil er gegenüber dem eigenen Auto deutlich längere Fahrzeiten erfordert. Als Problem wird insbesondere gesehen, dass Bahnfahrerinnen und Bahnfahrer zunächst – oft an Technologiepark und Universität vorbei – zum Hauptbahnhof fahren und von dort in BSAG-Linien umsteigen müssen, um ihren Arbeits- bzw. Studienplatz zu erreichen. Eine repräsentative Studie des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung, Dortmund (ILS), hat ergeben, dass ein erhebliches Umstiegspotenzial besteht und insbesondere durch verkürzte Reisezeiten und zu Stoßzeiten eine weniger hohe Auslastung realisiert werden könnte. Bezogen auf 10 000 Beschäftigte wird das mögliche CO₂-Einsparpotenzial auf jährlich ca. 1 500 t geschätzt.

Ein Bahn-Haltepunkt Universität/Technologiepark für Metronom und/oder S-Bahn könnte demnach die Fahrzeit zwischen Hauptbahnhof und Universität bzw. den ca. 400 im Technologiepark ansässigen Unternehmen um zehn Minuten auf vier Minuten verkürzen. Für Beschäftigte, Studierende und die zahlreichen Geschäftsreisenden in und aus Richtung Hamburg würde die Reisezeit um bis zu 30 Minuten kürzer. Zugleich ergäbe sich ein Entlastungseffekt für die Straßenbahnlinie 6. Würden die alle 30 Minuten zwischen Hamburg und Bremen verkehrenden Nahverkehrszüge im Technologiepark halten, ergäbe sich nach ILS-Rechnung zudem eine Entlastung der zeitweise sehr stark frequentierten Straßenbahn. Für nicht aus dem Norden kommende Reisende könnte ein neuer Bahn-Haltepunkt eine Bahnanbindung mit Umstieg direkt im Hauptbahnhof schaffen und so durch kürzere Fahrzeiten und höhere Bequemlichkeit Akzeptanz und Nutzung des ÖPNV erhöhen. Ein vom Haltepunkt ausgehender Ring-Shuttle-Busverkehr im Technologiepark könnte die Attraktivität des Standortes zusätzlich steigern. Profitieren würden auch die wachsenden Wohngebiete in Horn-Lehe und Riensberg, und es käme zu einer besseren Anbindung dieser Quartiere an den Technologiepark, dessen Attraktivität extrem gesteigert würde.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich dafür aus, die ÖPNV-Anbindung der Universität und des Technologieparks Bremen insbesondere für auswärtige Beschäftigte, für Geschäftsreisende und Studierende so attraktiv zu gestalten, dass möglichst viele Nutzer des motorisierten Individualverkehrs zu einem Umstieg auf den ÖPNV motiviert werden.
2. In diesem Kontext spricht sich die Bürgerschaft (Landtag) für die Errichtung eines Bahn-Haltepunkts Technologiepark/Universität aus und bittet den Senat zu prüfen,
 - a) wo genau ein solcher Haltepunkt eingerichtet werden könnte, wie er in das bestehende Verkehrsnetz einzubinden wäre, und welche (neuen) Verkehrsverbindungen sich hier sinnvoll anbinden ließen;
 - b) welche Kosten für welche Träger durch die Realisierung dieses Haltepunkts und gegebenenfalls damit verbundener weiterer Maßnahmen entstünden und wie diese zu finanzieren wären;

- c) wie viele Fahrgäste diesen Haltepunkt insgesamt nutzen würden, wie viele zusätzliche ÖPNV-Kunden gewonnen werden könnten, und welche Entlastungseffekte sich für die Straßenbahnlinie 6 sowie beim motorisierten Individualverkehr ergäben;
 - d) welche Auswirkungen ein solcher Haltepunkt auf die Attraktivität des Technologieparks, der Universität und umliegender Wohngebiete hätte;
 - e) die Einrichtung eines Ring-Shuttle-Busverkehrs und
 - f) in welchem Zeitrahmen eine Realisierung möglich erscheint.
3. Der Senat wird gebeten, der Bürgerschaft (Landtag) das Ergebnis dieser Prüfungen verbunden mit einer Realisierungsempfehlung innerhalb von sechs Monaten nach Beschlussfassung vorzulegen.

Andreas Kottisch, Jürgen Pohlmann, Wolfgang Jägers,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Ralph Saxe, Carsten Werner,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen